

ALLGEMEINVERFÜGUNG

der Kreisverwaltung Germersheim zur Anordnung von notwendigen, weiteren Schutzmaßnahmen aufgrund des vermehrten Aufkommens von SARS-CoV-2-Infektionen im Landkreis Germersheim vom 26.11.2020

Aufgrund § 28 Abs. 1 Satz 1 und 2 i. V. m. § 30 Abs. 1 Satz 2 und § 29 Abs. 1 des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) zuletzt geändert durch das dritte Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite vom 18. November 2020 (BGBl I 2020 Nr. 52 Seite 2397) i. V. m. § 2 der Landesverordnung zur Durchführung des Infektionsschutzgesetzes (IfSGDV) vom 10. März 2010 (GVBl. 2010, 55), zuletzt geändert durch § 7 des Gesetzes vom 15.10.2012 (GVBl. S. 341) erlässt die Kreisverwaltung Germersheim als zuständige Kreisordnungsbehörde folgende

ALLGEMEINVERFÜGUNG

1. Persönlicher Geltungsbereich

Die Regelungen dieser Allgemeinverfügung gelten, soweit das Gesundheitsamt oder die Ordnungsbehörde des Landkreises Germersheim nicht etwas Anderes anordnet, für folgende Personen, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Landkreis Germersheim haben oder zuletzt hatten (betroffene Personen):

1.1 Personen, denen vom Gesundheitsamt oder auf Veranlassung des Gesundheitsamts mitgeteilt wurde, dass sie aufgrund eines engen Kontakts zu einem bestätigten Fall von COVID-19 nach den jeweils geltenden Kriterien des Robert Koch-Instituts (RKI) Kontaktpersonen der Kategorie I sind. Die jeweils im Einzelfall erlassenen Allgemeinverfügungen Schule und Kindertagesstätten bleiben davon unberührt.

1.2 Personen, die Erkrankungszeichen zeigen, die auf eine SARS-CoV-2-Infektion hindeuten, und für die entweder das Gesundheitsamt eine Testung auf SARS-CoV-2 veranlasst hat oder die sich aufgrund der Erkrankungszeichen nach ärztlicher Beratung einer Testung auf SARS-CoV-2

unterzogen haben bzw. Personen mit oder ohne Krankheitssymptomen, bei denen das Ergebnis eines Antigen-Schnelltests auf SARS-CoV2 auf das Vorhandensein einer Infektion hinweist, das Ergebnis des hierauf folgenden Bestätigungstestes mittels spezifischem Nukleinsäurenachweis von SARS-CoV2 (SARSCoV2-PCR) aber noch nicht vorliegt (Verdachtspersonen),

- 1.3 Personen, die Kenntnis davon haben, dass ein Test zum Nachweis von für SARS-COV2 spezifischer Nukleinsäure (SARs-CoV2-PCR) ein positives Ergebnis aufweist (positiv getestete Personen).

2. Vorschriften zur Absonderung (Quarantäne und Isolation)

2.1 Anordnung der Absonderung

2.1.1 Kontaktpersonen der Kategorie I (Nr. 1.1) müssen sich unverzüglich nach der Mitteilung des Gesundheitsamts oder der Mitteilung auf Veranlassung des Gesundheitsamts durch Dritte bis zum Ablauf des 14. Tages nach dem vom Gesundheitsamt oder auf Veranlassung des Gesundheitsamts mitgeteilten letzten Kontakt mit einem bestätigten COVID-19-Fall in häusliche Quarantäne begeben, sofern keine anderweitige Anordnung des Gesundheitsamtes erfolgt.

2.1.2 Verdachtspersonen (Nr. 1.2) müssen sich unverzüglich nach der Mitteilung des Gesundheitsamts über die Anordnung der Testung oder, wenn eine solche Anordnung nicht erfolgt ist, unverzüglich nach Vornahme der Testung in häusliche Quarantäne begeben.

2.1.3 Positiv getestete Personen (Nr. 1.3) müssen sich unverzüglich nach Kenntniserlangung des positiven Testergebnisses in häusliche Isolation begeben.

Die Meldepflichten gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. t und § 7 Abs. 1 Nr. 44 a IfSG bleiben davon unberührt.

2.2 Durchführung der Absonderung:

Die unter Nr. 1 genannten Personen dürfen in dem Zeitraum der häuslichen Absonderung ihre Unterkunft ohne ausdrückliche Zustimmung des Gesundheitsamtes nicht verlassen. Ausnahme hiervon ist der notfallmäßige Transport in ein Krankenhaus. Im Falle, dass die Person in einer stationären Einrichtung wohnt, darf sie den ihr in der Einrichtung individuell zugewiesenen Wohnbereich (z. B. Zimmer) nicht verlassen. Die Personen dürfen in dem Zeitraum der

Absonderung keinen Besuch von Personen empfangen, die nicht dem eigenen Haushalt angehören. Ausgenommen hiervon sind Besuche von Ärzten oder sonstigem medizinischen Personal in ausreichender Schutzausrüstung im Notfall oder für nicht aufschiebbare medizinische Maßnahmen. Sonstige Ausnahmen von diesem Besuchsverbot sind rechtzeitig vorher mit dem Gesundheitsamt abzusprechen.

Sofern im Verlauf der Absonderung ein stationärer Krankenhausaufenthalt erforderlich wird, dürfen die Personen für die Dauer des Krankenhausaufenthaltes das Ihnen zugewiesene Zimmer nicht verlassen.

- 2.3 Für die Zeit der Absonderung unterliegen die unter Nr. 1. genannten Personen der Beobachtung durch das Gesundheitsamt der Kreisverwaltung Germersheim. Das bedeutet, dass die Personen, sofern es das Gesundheitsamt als erforderlich ansieht, notwendige Untersuchungen zu dulden haben. Anordnungen des Gesundheitsamtes sind Folge zu leisten.

Ferner sind die Personen verpflichtet, sofern es vom Gesundheitsamt als erforderlich angesehen wird, den Beauftragten des Gesundheitsamtes zum Zwecke der Befragung oder der Untersuchung den Zutritt zu Ihrer Wohnung zu gestatten und auf Verlangen ihnen über alle ihren Gesundheitszustand betreffenden Umstände Auskunft zu geben.

- 2.4. Bis zum Ende der Quarantäne müssen die unter Nr. 1.1 genannten Personen (Kontaktpersonen der Kategorie 1) ein Tagebuch bezüglich Symptomen, Körpertemperatur (Messungen zweimal täglich), allgemeinen Aktivitäten und Kontakten zu weiteren Personen führen (für die zurückliegenden Tage soweit möglich). Sofern bei Kontaktpersonen der Kategorie 1 während der Quarantäne akute Symptome, insbesondere Husten, Fieber, Halsschmerzen, Schnupfen oder Verlust von Geruchs- oder Geschmackssinn auftreten, muss sofort das Gesundheitsamt informiert und ein Nasen-Rachen-Abstrich zur Untersuchung auf SARS-CoV-2 veranlasst werden. Die Quarantäne verlängert sich in diesem Fall mindestens bis zum Vorliegen eines negativen Abstrichergebnisses. Im Falle eines positiven Abstrichergebnisses verlängert sich die Quarantäne entsprechend der Kriterien nach Nr. 2.1.3. für positiv getestete Personen.

Hinweis:

Für den Kontakt von Kontaktpersonen der Kategorie 1 mit dem Gesundheitsamt Germersheim soll folgende Telefonnummer genutzt werden: **07274 53 131**.

2.5 Die unter Nr. 1. genannten Personen müssen folgende Hygieneregeln beachten:

- Kontakt nur zu den Haushaltsangehörigen, die sie zur Unterstützung benötigen
- Bei Kontakt sollen die Personen und ihre Haushaltsangehörigen mindestens 1–2 m Abstand halten und jeweils Mund-Nasen-Schutz tragen.
- Alle anderen Personen sollten sich - soweit möglich - nicht im gleichen Raum aufhalten wie die betroffenen Personen oder an einem anderen Ort untergebracht sein.
- Persönlicher Kontakt zu anderen Personen außerhalb des eigenen Haushalts muss unterbleiben, sofern er nicht zwingend nötig ist. Bei unvermeidbaren Kontakten ist ein Mund-Nasen-Schutz zu tragen und größtmöglicher Abstand zu anderen Personen einzuhalten.
- Für ein regelmäßiges Lüften aller Räume soll gesorgt werden.
- Küche, Flur, Bad und weitere Gemeinschaftsräume sollten nicht häufiger als unbedingt nötig genutzt werden. Mahlzeiten sollten von den betroffenen Personen und ihren Haushaltsangehörigen möglichst zeitlich und räumlich getrennt voneinander eingenommen werden.
- Die allgemeinen Hygienehinweise sind zu beachten.

2.6. Sofern die betroffenen Personen unter Nr. 1. ärztliche Hilfe benötigen, sollte vorab und beim Kontakt mit medizinischem Personal die jeweilige Person informiert werden, dass ein Ansteckungsverdacht für bzw. eine Ansteckung mit SARS-CoV-2 vorliegt. Diese Verfügung kann vorgezeigt werden.

3. Ausnahmen

Sollte die Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs in einem Unternehmen oder einer Behörde der kritischen Infrastruktur trotz Ausschöpfung aller organisatorischen Möglichkeiten, wie der Umsetzung von Personal aus anderen Bereichen, durch die Absonderung gefährdet sein, kann bei Kontaktpersonen der Kategorie I im Einzelfall unter Beachtung von Auflagen zur Einhaltung der Infektionshygiene zum Schutz anderer Personen von der Anordnung der Quarantäne für die Zeit der Ausübung der beruflichen Tätigkeit sowie den direkten Arbeitsweg abgewichen werden. Eine

Quarantänepflicht in privaten Bereich bleibt dann bestehen. Die Entscheidung trifft das zuständige Gesundheitsamt unter Anordnung der im Einzelfall zu beachtenden Auflagen, ggf. nach Rücksprache mit der Betriebs- oder Behördenleitung.

4. Beendigung der Maßnahmen

- 4.1 Für Kontaktpersonen der Kategorie I nach Nr. 1.1 , bei denen kein positives Testergebnis mittels SARS-CoV2-PCR auf das Vorhandensein des Coronavirus SARS-CoV-2 vorliegt, endet die häusliche Quarantäne, wenn der enge Kontakt im Sinne der jeweils geltenden Kriterien des Robert Koch-Instituts zu einem bestätigten COVID-19-Fall mindestens 14 Tage zurückliegt und während der Isolation keines der für COVID-19 typischen Krankheitszeichen aufgetreten ist. Erfährt eine Kontaktperson der Kategorie I, dass sie positiv auf das Vorhandensein des Coronavirus SARS-CoV-2 getestet wurde, gelten die Regelungen für positiv getestete Personen.
- 4.2 Bei Verdachtspersonen nach Nr. 1.2 endet die Quarantäne mit dem Vorliegen eines negativen Testergebnisses mittels SARS-CoV2-PCR. Ist das Testergebnis mittels SARS-CoV2-PCR der Verdachtsperson positiv, wird die Quarantäne fortgesetzt und es gelten die Regelungen für positiv getestete Personen.
- 4.3 Für positiv getestete Personen nach Nr. 1.3. endet die Isolation bei asymptomatischem Krankheitsverlauf zehn Tage nach Testabnahme zum Erstnachweis des Erregers, bei symptomatischem Krankheitsverlauf zehn Tage nach Auftreten von Symptomen und Symptomfreiheit seit mindestens 48 Stunden.
- 4.4 Über abweichende Regelungen entscheidet das Gesundheitsamt.

5. Ordnungswidrigkeit

Ein Verstoß gegen diese Allgemeinverfügung kann nach § 73 Abs. 1a Nr. 6 IfSG als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße bis zu fünfundzwanzigtausend Euro geahndet werden.

6. Sofortige Vollziehbarkeit, Inkrafttreten

Die sofortige Vollziehbarkeit dieser Verfügung ergibt sich aus § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 Verwaltungsgerichtsordnung in Verbindung mit § 28 Abs. 3 und § 16 Abs. 8 IfSG. Die Allgemeinverfügung gilt gemäß § 1 Absatz 1 Landesverwaltungsverfahrensgesetz i.V.m. § 41 Abs. 4 Satz 4 Verwaltungsverfahrensgesetz einen Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntgabe als bekannt gegeben.

Der vollständige Text der Allgemeinverfügung mit Begründung kann bei der Kreisverwaltung Germersheim während der üblichen Geschäftszeiten nach vorheriger Terminabsprache unter 07274 53 364 oder auf der Webseite der Kreisverwaltung www.kreis-germersheim.de eingesehen werden.

Die Regelungen dieser Allgemeinverfügung können jederzeit ganz oder teilweise aufgehoben und/oder widerrufen bzw. mit weiteren Nebenbestimmungen versehen werden.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Verfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist bei der Kreisverwaltung Germersheim, Luitpoldplatz 1, 76726 Germersheim einzulegen.

Der Widerspruch kann schriftlich oder nach Maßgabe des § 3 a Abs. 2 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) oder zur Niederschrift bei der Kreisverwaltung Germersheim, Luitpoldplatz 1, 76726 Germersheim erhoben werden.

Bei der Verwendung der elektronischen Form (§ 3 a Abs. 2 VwVfG) sind besondere technische Rahmenbedingungen zu beachten, die im Internet auf der Homepage der Kreisverwaltung (www.kreis-germersheim.de) unter dem Punkt Impressum aufgeführt sind.

Germersheim, 26.11.2020



Dr. Brechtel

Landrat

Begründung zur Allgemeinverfügung der Kreisverwaltung Germersheim zur Anordnung von notwendigen, weiteren Schutzmaßnahmen aufgrund des vermehrten Auftommens von SARS-CoV-2-Infektionen im Landkreis Germersheim vom 26.11.2020

Nach § 28 Abs. 1 Satz 1 IfSG trifft die zuständige Behörde die notwendigen Schutzmaßnahmen, insbesondere die in den §§ 29 bis 31 IfSG genannten, wenn Kranke, Krankheitsverdächtige, Ansteckungsverdächtige oder Ausscheider im Sinne des Infektionsschutzgesetzes festgestellt werden, soweit und solange es zur Verhinderung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten erforderlich ist.

Bei SARS-CoV-2 handelt es sich um einen Krankheitserreger im Sinne des § 2 Nr. 1 IfSG, der sich in kurzer Zeit weltweit verbreitet. Auch im Landkreis Germersheim kam es zu einer raschen Verbreitung der Infektion in der Bevölkerung. Insbesondere bei älteren Menschen und Vorerkrankten als besondere Risikogruppen besteht ein hohes Risiko schwerer und auch tödlicher Krankheitsverläufe.

Da nach wie vor weder ein Impfstoff noch eine wirksame Therapie zur Verfügung stehen, besteht die Gefahr einer Verstärkung des Infektionsgeschehens mit erheblichen Folgen für Leben und Gesundheit der Bevölkerung und einer möglichen Überforderung des Gesundheitssystems unvermindert fort.

Nach der Risikobewertung des Robert Koch-Instituts handelt es sich weltweit und in Deutschland nach wie vor um eine sehr dynamische und sehr ernst zu nehmende Situation.

Die Gefährdung für die Gesundheit der Bevölkerung in Deutschland wird nach wie vor insgesamt als hoch, für Risikogruppen als sehr hoch eingeschätzt.

Gerade angesichts schwerer und lebensbedrohender Krankheitsverläufe muss es Ziel sein, durch geeignete Maßnahmen eine Ausbreitung der Infektion mit SARS-CoV-2 soweit wie möglich zeitlich zu verlangsamen. Nur so können auch die vorgenannten besonderen Risikogruppen ausreichend geschützt werden. Die Absonderung ist dabei aus infektionsmedizinischer Sicht eine entscheidende Maßnahme zur Unterbrechung möglicher Infektionsketten.

In den vergangenen Wochen ist die Zahl der im Landkreis Germersheim lebenden Personen, die positiv auf das Corona-Virus getestet worden sind, deutlich angestiegen. Der 7-Tage Inzidenzwert stieg auf über 150 Infektionen je 100.000 Einwohner an.

Sobald das Gesundheitsamt über einen positiven Fall Kenntnis erhält, werden die Betroffenen informiert sowie die engen Kontaktpersonen ermittelt. Positive Coronafälle, enge Kontaktpersonen sowie symptomatische Personen, bei denen ein Test auf Corona-Virus erfolgt ist, aber noch kein Testergebnis vorliegt, müssen sich auf Anordnung des Gesundheitsamtes in Absonderung begeben. Hierbei folgt das Gesundheitsamt den Vorgaben des Robert Koch-Instituts (RKI).

Bislang wurde die Absonderung individuell zunächst mündlich, anschließend zusätzlich schriftlich angeordnet. Dies ist angesichts der exponentiell steigenden Fall- und Verdachtszahlen jedoch nicht mehr hinreichend leistbar.

Diese Allgemeinverfügung dient der Vereinfachung und Beschleunigung der Prozesse.

Betroffene werden weiterhin im Falle einer Absonderung vom Gesundheitsamt informiert und über die Modalitäten der Absonderung (Verhaltensregeln, Dauer, etc.) aufgeklärt. Das Gesundheitsamt nimmt so schnell wie möglich Kontakt zu allen positiv getesteten Fällen auf, sobald der Laborbefund im Gesundheitsamt vorliegt. Enge Kontaktpersonen werden entweder direkt vom Gesundheitsamt oder über Beauftragte, z. B. Einrichtungsleitungen oder Arbeitgeber darüber informiert, dass das Gesundheitsamt eine Quarantäne angeordnet hat.

Auf Grund der deutlichen Verkürzung der Zeiten zwischen Testabnahme und Mitteilung des Testergebnisses durch webbasierte Mitteilungsverfahren erfahren die Getesteten das Testergebnis teilweise deutlich früher als das Gesundheitsamt.

Auf Grund dieser Allgemeinverfügung sind die Betroffenen verpflichtet, sich sofort, nachdem sie erfahren haben, dass sie positiv getestet sind, in häusliche Isolation zu begeben. Durch die Allgemeinverfügung entfällt die Zustellung der Absonderungsverfügung im Einzelfall.

Durch das Gesundheitsamt wird weiterhin ein Kurzattest zum Nachweis des Absonderungserfordernisses ausgestellt.

Zu 1.

Unter die Definition einer Kontaktperson der Kategorie I fallen die Personen, die einen engen Kontakt zu COVID-19-Erkrankten im Sinne der Empfehlungen „Kontaktpersonennachverfolgung bei respiratorischen Erkrankungen durch das Coronavirus SARS-CoV-2“ des RKI gehabt haben. In der vorgenannten Empfehlung werden die entsprechenden Übertragungswege der Erkrankung berücksichtigt und mögliche Expositionsszenarien benannt. Voraussetzung der Verpflichtung zur Isolation ist, dass die betreffende Person durch das Gesundheitsamt als Kontaktperson der Kategorie I identifiziert wurde und eine entsprechende Mitteilung des Gesundheitsamts oder auf Veranlassung des Gesundheitsamts erhalten hat.

Die jeweils im Einzelfall zu erlassenden Allgemeinverfügungen Schule und Kindertagesstätten bleiben davon unberührt.

Unter Verdachtsperson werden Personen verstanden, die Erkrankungszeichen zeigen, die auf eine SARS-CoV-2-Infektion hinweisen und für die entweder vom Gesundheitsamt eine Testung auf SARS-CoV-2 angeordnet wurde oder die sich nach ärztlicher Beratung einer solchen Testung unterzogen

haben sowie Personen mit oder ohne Erkrankungszeichen, bei denen das Ergebnis eines Antigen-Schnelltests auf SARS-CoV2 auf das Vorhandensein einer Infektion hinweist, das Ergebnis des hierauf folgenden Bestätigungstestes mittels spezifischem Nukleinsäurenachweis von SARS-CoV2 (SARS-CoV2-PCR) noch nicht vorliegt.

Positiv getestete Personen sind alle Personen, die Kenntnis davon haben, dass eine nach Inkrafttreten dieser Allgemeinverfügung bei Ihnen vorgenommene molekularbiologische Untersuchung auf das Vorhandensein von Coronavirus SARS-CoV-2 ein positives Ergebnis aufweist. Symptomatische positiv getestete Personen sind gemäß § 2 Nr. 4 IfSG Kranke, also Personen, die an einer übertragbaren Krankheit erkrankt sind.

Asymptomatische positiv getestete Personen sind gemäß § 2 Nr. 6 IfSG Ausscheider, also Personen, die Krankheitserreger ausscheiden und dadurch eine Ansteckungsquelle für die Allgemeinheit sein können, ohne offensichtlich krank oder krankheitsverdächtig zu sein.

Zu 2.

Gemäß §§ 28 Abs. 1 S. 1, 30 Abs. 1 Satz 2 IfSG kann bei Kranken, Krankheitsverdächtigen, Ansteckungsverdächtigen und Ausscheidern angeordnet werden, dass sie in geeigneter Weise im Sinne einer Quarantäne abgesondert werden, soweit und solange es zur Verhinderung der Verbreitung der übertragbaren Krankheit notwendig ist.

Es ist davon auszugehen, dass bei SARS-CoV-2 schon bei flüchtigen direkten Kontakten mit anderen Personen, wie sie jederzeit beim Verlassen der Wohnung auftreten können, eine hohe Ansteckungsgefahr für andere besteht.

Die Absonderung ist daher ein Mittel zur Verhinderung der weiteren Verbreitung der Krankheit, dessen Eignung durch frühere Erfahrungen gut belegt ist. Gleich geeignete Mittel, die den Betroffenen weniger beeinträchtigen, sind nicht ersichtlich.

Die sich aus der Absonderung ergebenden Einschränkungen stehen nicht außer Verhältnis zu dem Ziel, eine Weiterverbreitung dieses Krankheitserregers in der Bevölkerung zu verhindern. Mit der häuslichen Durchführung der Absonderung wird den Belangen der betroffenen Person so weit wie möglich Rechnung getragen.

Zu 2.1.1

Kontaktpersonen der Kategorie I sind als ansteckungsverdächtig anzusehen.

Ansteckungsverdächtig ist gemäß § 2 Nr. 7 IfSG eine Person, von der anzunehmen ist, dass sie Krankheitserreger aufgenommen hat, auch ohne krank, krankheitsverdächtig oder Ausscheider zu sein.

Die Aufnahme von Krankheitserregern ist anzunehmen, wenn die betroffene Person mit hinreichender Wahrscheinlichkeit Kontakt zu einer infizierten Person hatte. Aufgrund der besonderen Gefahr, die von dem neuartigen Erreger aufgrund seiner hohen Übertragbarkeit und der häufig schweren bis hin zu tödlichen Krankheitsverläufe für die öffentliche Gesundheit ausgeht, sind an die Wahrscheinlichkeit einer Ansteckung eher geringe Anforderungen zu stellen, sodass hier das Übertragungsrisiko aufgrund der Nähe zu der infizierten Person ausreicht.

Zu 2.1.2

Verdachtspersonen, die Symptome aufweisen, die auf eine SARS-CoV-2-Infektion hinweisen, sind bis zum Vorliegen eines negativen Testergebnisses mittels SARS-CoV2-PCR krankheitsverdächtig im Sinne von § 2 Nr. 5 IfSG. Verdachtspersonen ohne Krankheitszeichen, bei denen das Ergebnis eines Antigen-Schnelltests auf SARS-CoV2 auf das Vorhandensein einer Infektion hinweist, sind bis zu einem negativen SARS-CoV2-PCR-Testergebnis als ansteckungsverdächtig im Sinne von § 2 Nr. 7 IfSG anzusehen.

Zu 2.1.3

Mit einem SARS-CoV2-PCR-Test positiv getestete Personen mit SARS-CoV-2-Symptomen sind krank im Sinne von § 2 Nr. 4 IfSG, positiv getestete Personen ohne Krankheitszeichen ansteckungsverdächtig im Sinne von § 2 Nr. 7 IfSG.

Zur Eindämmung der Infektion ist es unabdingbar, dass sich positiv getestete Personen unverzüglich, nachdem sie von dem positiven Testergebnis Kenntnis erlangt haben, in häusliche Isolation begeben, da auch asymptomatische Personen das Virus übertragen können. Liegt ein positives Testergebnis vor, so bestehen dringende Anhaltspunkte für eine Infektion, unabhängig davon, wo und aus welchem Anlass die Testung vorgenommen wurde.

Durch die Ausweitung von Testmöglichkeiten und die unterschiedlichen Anbieter von Testungen kann trotz der nach dem Infektionsschutzgesetz bestehenden Meldepflichten nicht ausgeschlossen werden, dass die positiv getestete Person von dem Ergebnis der Testung schneller erfährt, als das zuständige Gesundheitsamt durch den Meldeweg nach dem Infektionsschutzgesetz. Zudem unterliegen Personen, die außerhalb des Gebietes der Bundesrepublik Deutschland Testungen vornehmen, nicht dem Meldeweg des Infektionsschutzgesetzes. Es ist daher erforderlich, dass positiv getestete Personen von sich aus das zuständige Gesundheitsamt über ein positives Testergebnis informieren. Das Gesundheitsamt trifft anschließend die weiteren Anordnungen.

Zu 2.2

Rechtsgrundlage für Nummer 2.2. ist § 28 Abs. 1 S. 1 IfSG. Danach trifft die zuständige Behörde die notwendigen Schutzmaßnahmen, wenn Kranke, Krankheitsverdächtige, Ansteckungsverdächtige oder Ausscheider festgestellt werden, soweit und solange es zur Verhinderung der Verbreitung der übertragbaren Krankheit notwendig ist.

Da SARS-CoV-2 sehr ansteckend ist, ist es erforderlich, dass die Betroffenen während der Dauer der Absonderung keinen Besuch von Personen empfangen, die nicht Ihrem Haushalt angehören, um eine Ansteckung zu vermeiden. Aus demselben Grund ist es notwendig, dass Betroffene, die in einer stationären Einrichtung wohnen, den ihnen in der Einrichtung individuell zugewiesenen Wohnbereich nicht verlassen.

Mit den weiteren Regelungen wird erreicht, dass eine notwendige medizinische Behandlung oder ein Rettungstransport möglich ist. Gleichzeitig wird aber auch ein ausreichender Schutz Dritter vor einer Infektion sichergestellt.

Die sich aus der Absonderung ergebenden Einschränkungen stehen nicht außer Verhältnis zu dem Ziel, eine Weiterverbreitung dieses Krankheitserregers in der Bevölkerung zu verhindern. Diese Gemeinwohlbelange rechtfertigen die hier getroffene Maßnahme. Die Gesundheit und das menschliche Leben genießen einen sehr hohen Stellenwert. Bei der Abwägung überwiegen die Rechtsgüter der körperlichen Unversehrtheit und des Lebens des Einzelnen sowie des Gesundheitsschutzes der Bevölkerung, da es sich hierbei um Rechtsgüter von sehr hoher Bedeutung handelt. Um dem staatlichen Schutzauftrag gerecht zu werden, sind die getroffenen Maßnahmen unter Abwägung aller beteiligten Interessen daher gerechtfertigt.

Hinweis:

Ist die betroffene Person minderjährig oder ist eine gesetzliche Betreuung bestimmt, sind die Personensorgeberechtigten bzw. der Betreuende für die Einhaltung der Absonderung verantwortlich.

Zu 2.3

Die Anordnung der Beobachtung durch das Gesundheitsamt basiert auf § 28 Abs. 1 IfSG i. V. m. § 29 Abs. 1 IfSG. Nach § 29 Abs. 2 IfSG haben die betroffenen Personen die erforderlichen Untersuchungen durch die Beauftragten des Gesundheitsamtes zu dulden und den Anordnungen des Gesundheitsamtes Folge zu leisten. Ferner sind sie verpflichtet, den Beauftragten des Gesundheitsamtes zum Zwecke der Befragung oder der Untersuchung den Zutritt zur Wohnung zu gestatten und ihnen auf Verlangen über alle ihren Gesundheitszustand betreffenden Umstände Auskunft zu geben.

Bei der Entscheidung über die Beobachtung hat das Gesundheitsamt Germersheim das ihm eingeräumte Ermessen ausgeübt und insbesondere den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit beachtet. Die Anordnung der Beobachtung ist geeignet, um eine eventuelle Infektion mit SARS-CoV-2 sowie einen daraus resultierenden möglichen Krankheitsverlauf auf seine tatsächliche Ausprägung zu überprüfen, damit ggf. weitere Schutzmaßnahmen getroffen werden können. Sie ist ebenso erforderlich, da ein milderer Mittel nicht erkennbar ist. Die Beobachtung ist die schwächste der infektionsschutzrechtlichen Maßnahmen. Schließlich ist sie auch angemessen. Das öffentliche Interesse an der Verhinderung der Infektionsgefahr für die Allgemeinheit überwiegt gegenüber dem Individualinteresse der betroffenen Person.

Zu 2.4

Rechtsgrundlage für 2.4. ist wiederum § 28 Abs. 1 S. 1 IfSG. Zur Verhinderung der Verbreitung von SARS-CoV-2 ist es erforderlich, bei Kontaktpersonen der Kategorie I die Entwicklung von Symptomen zu überwachen, um frühzeitig eine Erkrankung an Covid-19 zu erkennen und geeignete Maßnahmen zur Verhinderung einer Weiterverbreitung ergreifen zu können. Hierzu ist es auch erforderlich zu wissen, mit wem der oder die Ansteckungsverdächtige Kontakt hatte, um weitere Ansteckungsverdächtige zu identifizieren.

Das zu führende Tagebuch unterstützt die Kontaktpersonen, frühzeitig Krankheitssymptome zu erkennen und ermöglicht dem Gesundheitsamt gesundheitliche Risiken von anderen Personen, z. B. der Haushaltsangehörigen, sowie den Verlauf der Absonderung einschätzen zu können.

Beim Auftreten von für COVID-19 einschlägigen Symptomen bei einer Kontaktperson der Kategorie I muss das Gesundheitsamt unverzüglich informiert werden, um die weiteren infektionsmedizinischen Maßnahmen ohne Verzug ergreifen zu können.

Zu 2.5

Rechtsgrundlage für die unter 2.5 genannten Hygieneregeln ist ebenfalls § 28 Abs. 1 S. 1 IfSG. Um eine Weiterverbreitung des Virus zu vermeiden, müssen die in ihrer Wirksamkeit anerkannten Hygieneregeln und Schutzmaßnahmen durch die Kontaktpersonen der Kategorie I, Verdachtspersonen und positiv getestete Personen zuverlässig eingehalten werden. Dies trifft auch auf die mit ihnen in einem Haushalt lebenden Personen zu.

Da die Infektion mit SARS-CoV-2 über Tröpfchen, z. B. durch Husten und Niesen, sowie über Aerosole erfolgt, kann es über diesen Weg zu einer Übertragung von Mensch zu Mensch kommen. Prinzipiell ist auch eine Übertragung durch Schmierinfektion/Infektion durch kontaminierte Oberflächen nicht

auszuschließen. Beide Übertragungswege sind daher bei der Festlegung erforderlicher Maßnahmen zu berücksichtigen.

Zu 3.

Für Fälle, in denen die Quarantäne von Kontaktpersonen der Kategorie I den Dienst- oder Geschäftsbetrieb von Behörden oder Unternehmen der kritischen Infrastruktur gefährdet, ist die Möglichkeit einer Ausnahmeregelung im Einzelfall gegeben, die mit den notwendigen Auflagen zum Schutz anderer Mitarbeiter und/oder Kunden vor Infektionen verbunden werden soll.

Zu den Bereichen der kritischen Infrastruktur im Sinne dieser Allgemeinverfügung zählen nach dem Gesetz über das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI-Gesetz) und der BSI-Kritisverordnung (BSI-KritisV) Anlagen, Einrichtungen und Dienstleistungen der Gas-, Strom-, Fernwärme sowie Kraftstoff- und Heizölversorgung, der Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung, der Lebensmittelproduktion, -verarbeitung und des Lebensmittelhandels, der Sprach- und Datenübertragung sowie der Datenspeicherung und -verarbeitung, der stationären medizinischen Versorgung, der Versorgung mit unmittelbar lebenserhaltenden Medizinprodukten, Verbrauchsgütern, der Versorgung mit verschreibungspflichtigen Arzneimitteln und Blut- und Plasmakonzentraten zur Anwendung im oder am menschlichen Körper, der Laboratoriumsdiagnostik, der Bargeldversorgung, des kartengestützten und konventionellen Zahlungsverkehr, der Verrechnung und der Abwicklung von Wertpapier- und Derivatgeschäften, des Personen- und Güterverkehrs sowie Versicherungsdienstleistungen.

Des Weiteren sind als kritische Infrastruktur im Sinne dieser Allgemeinverfügung alle Einrichtungen, die der Aufrechterhaltung der Gesundheitsversorgung, der Pflege sowie der Behindertenhilfe dienen sowie Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, der öffentlichen Sicherheit und Ordnung einschließlich der polizeilichen und nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr (Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz) und der Handlungsfähigkeit zentraler Stellen von Staat, Justiz und Verwaltung dienen, zu verstehen.

Über Ausnahmeregelungen entscheidet das zuständige Gesundheitsamt.

Zu 4.

Nummer 4 regelt die jeweilige Dauer der durch diese Allgemeinverfügung angeordneten Absonderung. Nach § 28 Abs. 1 S. 1 IfSG trifft die zuständige Behörde die notwendigen Schutzmaßnahmen solange es zur Verhinderung der Verbreitung der übertragbaren Krankheit notwendig ist. Die Absonderung endet, wenn kein Risiko für eine Weiterverbreitung des Virus mehr besteht. Die Dauer ist für die jeweiligen Personengruppen wie folgt festgelegt.

Zu 4.1

Die Quarantäne einer Kontaktperson der Kategorie I kann erst dann beendet werden, wenn der enge Kontakt mit einem COVID-19-Fall, der zur anschließenden Quarantäne geführt hat, mindestens 14 Kalendertage zurückliegt und während der ganzen Zeit der Quarantäne keine für COVID-19 typischen Symptome aufgetreten sind. Die Dauer der Quarantäne bemisst sich nach der maximalen Inkubationszeit des Virus.

Bestätigt jedoch ein bei einer Kontaktperson der Kategorie I vorgenommener SARS-CoV2-PCR-Test eine Infektion mit dem SARS-CoV-2, so verlängert sich die häusliche Absonderung entsprechend der Vorgaben für positiv getestete Personen.

Zu 4.2

Die Quarantäne von Verdachtspersonen endet mit dem Vorliegen eines negativen SARSCoV2-PCR-Testergebnisses. In diesem Fall besteht bei Verdachtspersonen kein Krankheitsverdacht mehr. Bestätigt jedoch ein bei einer Verdachtsperson vorgenommener SARS-CoV2-PCR-Test eine Infektion mit dem SARS-CoV-2, so verlängert sich die häusliche Absonderung entsprechend der Vorgaben für positiv getestete Personen.

Zu 4.3

Im Fall eines positiven Testergebnisses endet die Isolation bei asymptomatischem Krankheitsverlauf zehn Kalendertage nach dem Erstnachweis des Erregers. Bei symptomatischem Krankheitsverlauf endet sie zehn Kalendertage nach Symptombeginn, wenn die betroffene Person zu diesem Zeitpunkt seit mindestens 48 Stunden symptomfrei ist. Dann ist davon auszugehen, dass die betroffene Person nicht mehr ansteckend ist.

Zu 5.

Die Bußgeldbewehrung der Maßnahme folgt aus § 73 Abs. 1 a Nr. 6 IfSG.

Zu 6.

Die sofortige Vollziehbarkeit dieser Verfügung ergibt sich aus § 80 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 Verwaltungsgerichtsordnung in Verbindung mit § 28 Absatz 3 und § 16 Absatz 8 IfSG. Widerspruch und Anfechtungsklage haben keine aufschiebende Wirkung.

Hinweise:

Für den durch die Absonderung erlittenen Verdienstausfall erhalten die von dieser Allgemeinverfügung betroffenen Personen auf Antrag eine Entschädigung nach den Regelungen des § 56 IfSG. Als Arbeitnehmer/in erhalten Sie Ihr Gehalt grundsätzlich wie im Krankheitsfall weitergezahlt; insoweit geht der Entschädigungsanspruch ggf. auf den Arbeitgeber über. Ihren Antrag richten Sie bitte an das Landesamt für Jugend, Soziales und Versorgung.

Sollten Sie den Anordnungen zur Absonderung nicht nachkommen, so kann die Absonderung zwangsweise durch Unterbringung in einer geeigneten abgeschlossenen Einrichtung zu erfolgen. Das Grundrecht der Freiheit der Person (Artikel 2 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes) kann insoweit eingeschränkt werden. Buch 7 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit gilt entsprechend (§ 30 Abs. 2 IfSG).

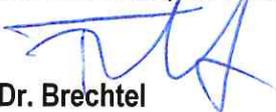
Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Verfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist bei der Kreisverwaltung Germersheim, Luitpoldplatz 1, 76726 Germersheim einzulegen.

Der Widerspruch kann schriftlich oder nach Maßgabe des § 3 a Abs. 2 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) oder zur Niederschrift bei der Kreisverwaltung Germersheim, Luitpoldplatz 1, 76726 Germersheim erhoben werden.

Bei der Verwendung der elektronischen Form (§ 3 a Abs. 2 VwVfG) sind besondere technische Rahmenbedingungen zu beachten, die im Internet auf der Homepage der Kreisverwaltung (www.kreis-germersheim.de) unter dem Punkt Impressum aufgeführt sind.

Germersheim, 26.11.2020



Dr. Brechtel

Landrat